

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2718

*Bundesverband Paket & Expresslogistik e. V.
Dorotheenstr. 33
10117 Berlin*

*Wirtschaftsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
- Geschäftsführung -*

Von: Elena Marcus-Engelhardt <Elena.Marcus-Engelhardt@biek.de>
Gesendet: Freitag, 2. August 2019 17:51
An: Wirtschaftsausschuss (Landtagsverwaltung SH)
<Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de>
Cc:

Betreff: [EXTERN] AW: Schriftliche Anhörung des Wirtschaftsausschusses zum Thema Missstände in der Paketbranche beseitigen, Drucksache 19/1444

Sehr geehrte Frau Schönfelder,

vielen Dank für die Möglichkeit zu folgender Stellungnahme:

Wir begrüßen den Alternativantrag der Regierungsfractionen des Landes Schleswig-Holstein (Drucksache 19/1481) und lehnen gleichzeitig den Antrag der Fraktion der SPD (Drucksache 19/1444) ab.

Faire Arbeitsbedingungen, die Sicherung hoher Sozialstandards und ein gutes Arbeitsumfeld sind zentrale Faktoren für unsere Mitgliedsunternehmen. Sie halten sich selbstverständlich an bestehende gesetzliche Regelungen und erwarten dies auch von ihren Vertragspartnern. Hinweisen auf konkrete Missstände gehen unsere Mitgliedsunternehmen nach, Verstöße werden nicht toleriert. Wir unterstützen alles, was gute Arbeitsbedingungen fördert und befassen uns zur Zeit intensiv mit dem Thema Präqualifizierung. Gleichzeitig plädieren wir dafür, dass beim Diskurs zur Nachunternehmerhaftung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt wird und kein unnötiger bürokratischer Aufwand geschaffen wird.

Unternehmen können die wichtige Rolle der Aufsichtsbehörden nicht ersetzen. Die Durchsetzung und Kontrolle geltender Regeln erfordert hoheitliches Handeln, in diesem Fall der Zollbehörden. Wir plädieren für ein System effektiver Kontrollen, das mögliche Missstände aufdeckt. Nur ein solches System ist geeignet, wirksame Anreize zur Einhaltung der Regeln zu setzen und transparente Marktgegebenheiten in einer Branche nachhaltig zu gewährleisten. Die Zollkontrollen werden von unseren Mitgliedsunternehmen selbstverständlich vollumfänglich unterstützt.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang die pauschale mediale und politische Verurteilung der KEP-Branche bedauernd, der sie seit den umfangreichen Zollkontrollen Anfang Februar dieses Jahres ausgesetzt ist. Vorschnell, wie sich gezeigt hat: Im Anschluss an die 12.860 Personenbefragungen ließen die Fahnder

bislang nach unserer Kenntnis 24 Strafverfahren einleiten, in denen es um die Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen geht. Ein Verfahren leiteten sie wegen Leistungsmisbrauch ein, fünf Ordnungswidrigkeitsverfahren aufgrund von Mindestlohnunterschreitung. In aller Deutlichkeit: Jeder Verstoß ist einer zu viel – jedoch sollte bei einem Anteil von 0,2 Prozent der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Elena Marcus-Engelhardt
Leiterin Kommunikation und Politik
Pressesprecherin

Bundesverband Paket & Expresslogistik e. V.
Dorotheenstr. 33
10117 Berlin

Telefon: (030) 20 61 78-70
Telefax: (030) 20 61 78-88

elena.marcus-engelhardt@biek.de
www.biek.de

VR 28828 B, Amtsgericht Charlottenburg, Marten Bosselmann (Vorsitzender), Martin Klink (Schatzmeister)